

**Rede von Bürgermeister Markus Burger
zur Einbringung des Haushalts 2024 sowie des
Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs 2024
-es gilt das gesprochene Wort-**



Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
sehr geehrte Vertreter der Presse,
sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerbereich,

in meiner Amtszeit war es noch nie so herausfordernd, einen Haushaltsplan aufzustellen, wie in diesem Jahr.

Nachdem wir uns durch die Coronapandemie und Energiekrise hindurchmanövriert haben und weiterhin auch noch mit der Flüchtlingskrise beschäftigt sind, haben wir es mit einer sich immer weiter zuspitzenden Finanzkrise der Kommunen zu tun.

Schon im Oktober 2022 warnte der Städte- und Gemeindebund, und ich zitiere hier den damaligen Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg: "Wir stehen sehr wahrscheinlich vor der größten Finanzkrise der Städte und Gemeinden seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland"¹. Er sprach angesichts steigender Energiepreise, steigender Sozialausgaben, hoher Investitionsbedarfe sowie rückläufiger Steuereinnahmen von einer "Zeitenwende" auch für die Kommunen. Auch wenn sich die Energiepreise seit 2022 wieder etwas stabilisiert haben, so spüren wir diese Zeitenwende bei den Kommunal финанzen auch in Loffenau deutlich.

Bevor ich aber auf den Haushalt 2024 eingehe, möchte ich zunächst einen Rückblick auf die Jahre seit der Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht im Jahr 2020 werfen:

Seit 2020 müssen wir in Loffenau die Abschreibungen auf unser Vermögen erwirtschaften. Das Jahr 2020 schloss mit einem Defizit in Höhe von 283 TEUR im Ergebnishaushalt ab, im Jahr 2021 konnten wir ein leichtes Plus von 74 TEUR erwirtschaften. 2022 war finanziell gesehen ein gutes Jahr, das Ergebnis liegt bei rd. + 500 TEUR. Im vergangenen Jahr hingegen müssen wir wieder ein Defizit von voraussichtlich 216 TEUR verbuchen. Im Ergebnis steht also Ende 2023 eine Rücklage des ordentlichen Ergebnisses von gerade einmal 82 TEUR.

In zwei von vier Jahren haben wir es nicht geschafft, die Abschreibungen zu erwirtschaften und den Haushalt ausgeglichen zu gestalten.

Würden wir nach wie vor den Gemeindehaushalt nach der Kameralistik führen, so hätten wir den Haushaltsausgleich in den Jahren 2020 bis 2023 immer erreicht.

Grundsätzlich ist der Gedanke, durch erwirtschaftete Abschreibungen genügend finanzielle Mittel zu haben, um die Infrastruktur sanieren und instandhalten und damit den Werteverzehr ausgleichen zu können, ja richtig.

Es hakt nur daran, dass die Kommunen viele Pflichtaufgaben finanzieren müssen und hier durch äußere Umstände die Kosten immer mehr steigen, so dass hier die Schere zwischen Aufwendungen und Erträgen immer weiter auseinanderklafft. Und dies im aktuellen

¹ [Städte- und Gemeindebund: Kommunen befürchten größte Krise seit Bestehen der Bundesrepublik | ZEIT ONLINE](#)

Haushaltsplan 2024 und in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2027 so weit, dass die Abschreibungen wieder nicht vollständig erwirtschaftet werden können.

Dabei sind die Möglichkeiten, die Erträge soweit zu stärken, dass sie mit den steigenden Aufwendungen Schritt halten, begrenzt.

Doch wenn man sich umschaute, stehen wir nicht alleine da, den meisten Kommunen geht es genauso. Ob nun große Kreisstadt oder kleine Gemeinde, im Landkreis Rastatt können die allermeisten Kommunen ihre Ergebnishaushalte im Jahr 2024 nicht ausgleichen und planen mit einem Defizit.

Das Defizit im Haushaltsplan der Gemeinde Loffenau beläuft sich in diesem Jahr auf 617 TEUR.

Die Erträge steigen zwar im Vergleich zum Plan 2023 um 364 TEUR, jedoch steigen die Aufwendungen um 640 TEUR an, was die angesprochene weiter auseinanderdriftende Schere zwischen Erträgen und Aufwendungen verdeutlicht.

Bei den Erträgen haben wir den Ansatz für die Gewerbesteuer mit 600 TEUR konstant gehalten, wobei man hier noch ein Fragezeichen setzen muss, ob der Betrag tatsächlich erreicht werden kann. In 2023 hatten wir mit 639 TEUR ein leichtes Plus bei der Gewerbesteuer gegenüber dem Ansatz von ebenfalls 600 TEUR.

Aus dem kommunalen Finanzausgleich erhalten wir in Summe rd. 126 TEUR weniger als noch 2023.

Die Hebesätze für Grund-, Gewerbe- und Hundesteuer lassen wir auch in diesem Jahr zunächst unangetastet - die Bürgerinnen und Bürger sind schon belastet genug durch allgemein gestiegene Preise.

Was wir aber angepasst haben, sind die Gebührenkalkulationen. Nach den Verwaltungsgebühren haben wir im vergangenen Jahr die Friedhofsgebühren und die Gebühren für die Benutzung der Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünfte neu kalkuliert und können hier mit höheren Erträgen rechnen.

Aus dem Wald planen wir mit Nettoerlösen in Höhe von 150 TEUR, davon aber über 100 TEUR allein aus dem Förderprogramm „Klimaangepasstes Waldmanagement“.

Nun zu den Aufwendungen:

Die größten Steigerungen bei den Aufwendungen sind unter den sogenannten Transferaufwendungen zu verbuchen. Eine Steigerung von 0,5 Mio. Euro von 3,58 Mio. Euro in 2023 auf 4,08 Mio. Euro in 2024 ist enorm!

265 TEUR davon entfallen auf die Zuschüsse an die Träger der Kindergärten und des Hortes, der absolute Betrag steigt von 1,391 Mio. EUR in 2023 auf 1,656 Mio. EUR in 2024. Hier machen sich insbesondere die Tarifsteigerungen für das Personal bemerkbar, die im Jahr 2024 voll zur Geltung kommen. Auch die Wiedereröffnung der zweiten Krippengruppe sowie die Errichtung einer zweiten Gruppe im Hort sind hier mit zusätzlichem Personal eingepreist. Die Kinderbetreuung ist damit der größte Kostenblock im Gemeindehaushalt. Die

Tarifsteigerung und damit verbundene Attraktivitätssteigerung des Berufs der pädagogischen Fachkraft ist in Zeichen des Fachkräftemangels zu begrüßen, allerdings muss hier auch das Land den Kommunen mehr Geld zur Verfügung stellen, damit die kommunale Aufgabe der Kinderbetreuung auch künftig noch gewährleistet werden kann.

An den Landkreis muss die Gemeinde eine höhere Kreisumlage bezahlen: Sie steigt um 147 TEUR auf 1,16 Mio. EUR.

Die Personalkosten der Gemeindeverwaltung steigen mit 29 TEUR im Vergleich zu 2023 nur moderat auf insgesamt 1,336 Mio. EUR. Dies liegt daran, dass wir in 2023 noch Doppelbesetzungen im Zuge von einer anstehenden Verrentung hatten. Hier muss aber auch klar benannt werden, dass wir in diesem Jahr die beim KVBW bestehende Pensionsrückstellung in Höhe von rd. 500 TEUR antasten werden und die Entnahmen in den Jahren 2024 bis 2027 diese auf rd. 100 TEUR schrumpfen lassen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen um 115 TEUR auf 1,49 Mio. Euro. Hier sind zwei Aspekte besonders auffällig: die allgemeinen Preissteigerungen und die allmählich in die Jahre kommende Infrastruktur führen hier zu höheren Aufwendungen. Ob nun Abwasserkanäle, Straßen, kommunale Gebäude, Wege oder Stützmauern, der Erhaltungsaufwand wird in den kommenden Jahren stetig zunehmen, weshalb wir hierauf ein besonderes Augenmerk legen, was uns aber auch viel Geld kosten wird. Geld, das dann an anderer Stelle mitunter für freiwillige Aufgaben nicht zur Verfügung steht.

Aus dem Ergebnishaushalt kann kein Zahlungsmittelüberschuss erwirtschaftet werden, vielmehr gibt es hier einen Bedarf von 76 TEUR, d.h. wir müssen 76 TEUR aus unserem Sparstrumpf nehmen, um überhaupt das laufende Geschäft finanzieren zu können.

Ich komme nun zu den geplanten Investitionen:

Insgesamt haben wir eine Summe von 1,03 Mio. Euro veranschlagt. Davon entfallen 100 TEUR auf neue PV-Anlagen auf kommunalen Dächern, 250 TEUR für das neue Feuerwehrfahrzeug, das im ersten Halbjahr 2024 nun endlich geliefert werden soll. 150 TEUR sind für die Erneuerung diverser Stützmauern im Ort veranschlagt. 85.000 Euro sind geplant für eine erste Rate für eine Neuüberplanung des Festplatzes im Zuge des Bauvorhabens in den Dorfwiesen. 75 TEUR sind für möglichen Grunderwerb in den potentiellen Baugebieten Heiligenäcker und Klingenäcker vorgesehen und 50 TEUR sind als erste Rate für Brückensanierungen eingeplant. Die weiteren 320 TEUR verteilen sich auf viele kleinere Maßnahmen.

Finanziert werden diese Investitionen zum einen über Zuschüsse in Höhe von 421 TEUR, 409 TEUR an Eigenmitteln und 200 TEUR Kreditaufnahme.

Kommen wir nun zum Eigenbetrieb Wasserversorgung:

Hier sieht es ähnlich aus wie beim Kernhaushalt der Gemeinde. Allgemeine Preissteigerungen verbunden mit Sanierungsbedarf führen zu großem Finanzbedarf und dieser führt über die Wasserentgeltkalkulation zwangsläufig zu höheren Wasserentgelten.

Der Erfolgsplan des Eigenbetriebs weist ein Defizit im Ergebnis in Höhe von – 24 TEUR aus.

Die beantragten Fördergelder für das Wasserstrukturgutachten sind in der letzten Woche bewilligt worden, womit die Arbeit daran nun beginnen kann.

Der Ansatz für Investitionen beträgt im Bereich der Wasserversorgung in Summe 543 TEUR.

Nachdem im Jahr 2023 einer der drei großen Druckbehälter von Grund auf saniert wurde, zwei neue UV-Desinfektionsanlagen mit Trübungsmessung sowie ein neuer Druckminderer eingebaut wurden, haben wir in diesem Jahr mit 350 TEUR einen hohen Betrag in den Wirtschaftsplan aufgenommen, um den Hochbehälter I am Bockstein zu sanieren. Die restlichen 193 TEUR verteilen sich auf viele weitere, kleinere Maßnahmen.

Um diese Investitionen finanzieren zu können, sind Kreditaufnahmen in Höhe von 400 TEUR eingeplant.

Meine Damen und Herren,

Sie sehen, trotz angespannter Finanzlage haben wir in diesem Jahr einiges vor. Die meisten Maßnahmen sind Pflichtaufgaben, die nicht aufschiebbar sind bzw. deren Aufschiebung nur noch höhere Folgekosten nach sich ziehen würde. Der finanzielle Spielraum der Gemeinde wird immer enger und die Erträge lassen sich nur bedingt erhöhen. Durch einen höheren Hebesatz bei der Grund- oder Gewerbesteuer sanieren wir unseren Haushalt aber auch nicht, da dürfen wir uns keine Illusionen machen.

Ich verweise zum Abschluss meiner Haushaltsrede auf die eingangs erwähnte Warnung des Städte- und Gemeindebundes: „Wir stehen sehr wahrscheinlich vor der größten Finanzkrise der Städte und Gemeinden seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland.“ Diese Krise können wir nur zusammen lösen, der Bund und das Land, indem sie den Kommunen eine auskömmliche Finanzausstattung zukommen lassen und die Aufgaben, die sie bestellen und den Kommunen übertragen, auch entsprechend finanzieren, und wir Kommunen, indem wir sparsam und wirtschaftlich handeln, unsere Ertragspotentiale nutzen und uns dabei aber auch nicht kaputtsparen.

Und so, meine Damen und Herren, haben wir den Gemeindehaushalt 2024 aufgestellt: Sparsam, aber wir sparen uns nicht kaputt. Wir investieren dennoch in unsere Infrastruktur und in unsere Zukunft.

Das ist mitunter eine Gratwanderung, und deshalb dürfen wir auch umso gespannter auf den morgigen Mittwoch, 20.03., schauen. Morgen um 10 Uhr endet die Frist für die Einreichung von Angeboten für die Anpachtung von kommunalen Flächen für Windkraftanlagen. Dann wissen wir, mit welchen Beträgen unter Umständen die Ertragsseite unseres Haushalts künftig gestützt werden kann.

Zum Schluss möchte ich mich bei meinen Mitarbeitern bedanken, ganz besonders bei Frau Wagner mit ihrem Team, für die Erstellung des Haushaltsplans 2024.

Die öffentliche Beratung des Haushalts findet am 9. April statt und der Beschluss des Haushalts dann am 23. April.

Vielen Dank.